



Ressort Migration | Vorstand



# **Migrationspolitisches Forderungs- und Arbeitspapier der IG Metall**

**beschlossen von der**

**7. Bundesmigrationskonferenz der IG Metall**

**22. – 24. März 2007**

## **Migrationspolitisches Forderungs- und Arbeitspapier der IG Metall**

### **Migrationspolitische Positionen und Forderungen**

- I. Weltweite Migration
- II. Europa
- III. Deutschland ist ein Einwanderungsland
  - Es leben in Deutschland 15,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund
  - Vielfalt leben heißt „Gleich und verschieden sein können“
  - Vielfalt heißt nicht Beliebigkeit! Wie gehen wir mit dieser Vielfalt um?
- IV. Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe
  1. Integration in Erwerbsleben, in den Arbeitsmarkt, in das soziale Sicherungssystem (materielle Integration)
  2. Integration in die demokratischen Formen der politischen Willensbildung (politische Integration)
  3. Integration in informelle Beziehungsnetze, Migrantenselbstorganisationen, in Nachbarschaften (soziale Integration)Soziale Integration verträgt keine Diskriminierung und Ausgrenzung
- V. Asyl darf kein Gnadenakt sein

### **Migrationspolitische Arbeitsschwerpunkte (2007 - 2008)**

- I. Europäisierung der IG Metall
- II. Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes
  - Ausbildung
  - Qualifikation/ Weiterbildung/ ERA
- III. Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
- IV. Organisationsinterne Migrationsarbeit
  - Bildungsarbeit
  - Projekte und Aktionen

## **Migrationpolitische Positionen und Forderungen**

### **I. Weltweite Migration**

Eine wesentliche Begleiterscheinung der Globalisierung unter einer neoliberalen Ausrichtung der Wirtschaft heißt, dass sich die Migrationsprozesse weltweit beschleunigen. Globalisierung heißt im Hinblick auf die Migration, dass die Lebensräume der Menschen real und medial entgrenzt werden. Die Sehnsucht und das Bedürfnis der Menschen sich zu verwurzeln, ein zu Hause zu haben, bleibt jedoch unabhängig von dieser Tatsache bestehen.

Nach der Globalen Kommission für Internationale Migration (CGIM) und des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNCHR) werden hierzu für das Jahr 2006 folgende Fakten benannt:

- Etwa 200 Millionen Menschen ( 2,5 % der Weltbevölkerung oder die Einwohnerzahl von Brasilien) haben ihren angestammten Lebensraum verlassen (1970 waren es 70 Millionen Menschen).
- Der Anteil der ArbeitsmigrantInnen wird auf 158 Mill. Menschen geschätzt. Im Jahre 2000 lag der Frauenanteil bei ca 50 %.
- Ein Anteil von 7,5 Millionen Menschen, also ca 5 % sind davon unterwegs nach Europa.

Migration in der heutigen Welt ist nicht eindimensional:

- Es geht sowohl um die millionenfache Freisetzung von Arbeitssuchenden, billigen Arbeitskräften, Armen, Flüchtlingen, die sich in reicheren Industrieländern des Westens bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen oder Schutz erhoffen,
- als auch um Hochqualifizierte, Unternehmer, Wissenschaftler, Manager, Ingenieure, Diplomaten und Beamte, die sich um die Welt bewegen (müssen).

Darin liegt die Widersprüchlichkeit in den entwickelten Industriestaaten, Migrationspolitik mal zu befördern, mal zu verhindern. Menschen werden zunehmend nach Verwertbarkeitskriterien definiert und somit bei Bedarf eingesetzt oder ausgeschlossen.

### **II. Europa**

Während zum Ende der 90er Jahre die Migrationspolitik in der EU neben der sicherheitspolitischen Ausrichtung, auch arbeitsmarktpolitische und demografische Themen eine Rolle spielten, wird die Migrationspolitik seit dem 11. September 2001 primär unter dem Vorzeichen der Inneren Sicherheit diskutiert. Themen wie Terrorabwehr, Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Migration, Menschenhandel, Prävention in den Herkunftsländern, die Kontrollen der Außengrenzen und die Integrationsprüfung für Ausländer werden systematisch miteinander verknüpft.

Trotz dieser Maßnahmen ist die EU weit davon entfernt, die Migrationsbewegungen tatsächlich zu kontrollieren. Erst im Oktober 2005 nach den Vorfällen in Nordafrika<sup>1</sup> wurde die Justiz- und Innenpolitik verstärkt mit der Außen- und Entwicklungspolitik verknüpft und als Querschnittsaufgabe verkündet. Tatsache ist aber, dass die Politik bis heute eher auf einer restriktiven Abschottung der „Wohlstandsfestung“ Europas beruht. D.h. sie weist keine

---

<sup>1</sup> Die Städte Ceuta und Melilla, spanische Enklaven in Marokko stehen für das europäische Flüchtlingsdrama. Im Verlaufe dieser Ereignisse starben 16 Menschen, etwa 4000 Personen wurden von den marokkanischen Behörden in ihre Herkunftsländer abgeschoben und Hunderte von Flüchtlingen in marokkanischen Militärcamps festgehalten.

Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich einer langfristigen Migrationspolitik auf, in der auch die Ursachen wie Armut bekämpft werden.

Instrumente, um die europäische arbeitsmarktpolitische Integration die rechtliche Gleichstellung von MigrantInnen in der EU voranzutreiben, waren bisher kaum von Bedeutung.

Ausnahmen sind die vier Richtlinien der EU zur Antidiskriminierung, ein Handbuch zur Integration und die elf Prinzipien für die europaweite Integration<sup>2</sup>, die überraschend schnell durch den Rat bzw. die Kommission gegangen sind.

#### **Forderungen:**

- Eine gemeinsame europäische und langfristig angelegte Migrationspolitik, die das Thema Arbeitsmarkt und Integration beinhaltet.
- Eine an den Fluchtursachen ansetzende europaweite Strategie für eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik.
- Ein Europäisches Einwanderungsgesetz und ein EU Bürgerrecht für alle sowie die rechtliche Gleichstellung von in der EU ansässigen Drittstaatsangehörigen.
- Die Weiterentwicklung der gemeinsamen Mindeststandards für die Aufnahme von Flüchtlingen in die europäischen Länder, ebenso für die Qualifikationsrichtlinie zur Integration in den Arbeitsmarkt.
- Der Austausch über die nationalstaatlichen Politiken mit Hilfe der Offenen Methode der Koordinierung (OMK)<sup>3</sup> auf einem qualitativ höherem Niveau und verstärkte Kontrolle der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien sowie der Integrationsprinzipien.

### **III. Deutschland ist ein Einwanderungsland**

Nach der aktuellen Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2005) leben in Deutschland:

- etwa 6,7 Millionen ausländische Staatsangehörige, das sind 8,1 Prozent der Gesamtbevölkerung
- rund 4 Millionen AussiedlerInnen
- circa 1,5 Millionen Kinder aus binationalen Ehen
- etwa 1 Million seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes eingebürgerte „Ausländer“
- ein Anteil von 30.000 Flüchtlingen, der derzeit weiterhin stark sinkt ( 50.500 Menschen (2003) und 438.191 Menschen (1992).

**Es leben in Deutschland derzeit insgesamt 15,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund!**<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> 11 Common Basic Principles on Integration

<sup>3</sup> Open method of coordination (OMC)

<sup>4</sup> Die Begriffsverwendung fällt im Zuge dieser Aufzählung immer schwerer, so dass wir im folgenden den Begriff **Menschen mit Migrationshintergrund** oder **MigrantInnen** verwenden. Der Begriff Ausländer ist ein Begriff, der sich am Rechtsstatus orientiert und definiert die formale und nationalstaatliche Zugehörigkeit. Neben der Nationalstaatlichkeit vermittelt er auch eine gewisse Homogenität (Gleichheit) der Zugewanderten, die aber nicht vorhanden ist. So können u.a. verschiedene Phasen unterschieden werden: die Vertriebenen der Nachkriegszeit, ArbeitsmigrantInnen der 60-70er Jahre, die SpätaussiedlerInnen der 80 und 90er Jahre, Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge der 80 und 90er Jahre. Darüber hinaus gibt es Unterschiede hinsichtlich der beruflichen und sozialen Herkunft u.v.m.

Deutschland ist ein Einwanderungsland und dies erfordert eine integrationsorientierte Einwanderungspolitik. Vielfalt ist demnach ein bedeutendes Moment. Es geht also nicht um Abschottung und Assimilation, sondern darum, das Miteinander von „Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft“ zu gestalten.

Das heißt, diese Situation muss zum Anlass genommen werden, um

- künftige Prozesse angemessen zu gestalten und
- neue Orientierungen für die „Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft“ zu entwickeln. Das erfordert in verschiedenen Bereichen spezifische Konzepte und Forderungen.

### **Vielfalt leben heißt „Gleich und verschieden sein können“**

Die oben genannte Vielfalt schlägt sich im städtischen Alltag, in den Betrieben, Verwaltungen, den Schulen und Kindergärten nieder. Es ist also eine lebenspraktische Angelegenheit, die es zu bewältigen und zu gestalten gilt. Vielfalt oder Multikulturalität ist nicht automatisch mit ethnischer Herkunft verbunden. Das ist eine Vereinfachung und Reduzierung.

Vielfalt heißt, es gibt keine einzigartige und geschlossene Lebenswelten. Je nach dem in welchem Lebensumfeld die Menschen sich bewegen, gibt es unterschiedliche Zugehörigkeiten zu verschiedenen Gruppen und immer wieder wechselnde Identitäten. Merkmale dieser Zugehörigkeiten können die soziale und kulturelle Herkunft, das Geschlecht, das Alter und vieles andere sein.

Das heißt, die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen kann sich ständig verändern. Darin können Risiken wie die Zunahme von Vereinzelung, aber auch Chancen, wie neue Formen der Solidarität und Integration liegen. Ein Konzept, das die Vielfalt als etwas lebenswertes und gestaltbares begreift, muss **ins Zentrum der Betrachtung die strukturellen, politischen und sozialen Debatten und nicht die kulturellen Deutungsmuster stellen.**

- Je mehr Unterschiede, desto dringlicher wird die Herstellung formaler Gleichheit und desto eher wächst die Notwendigkeit zum verständigungs- und konsensorientierten Handeln bei der Bearbeitung von Risiken und Krisen.
- Je formaler die Gleichheit herrscht, desto mehr Möglichkeiten der Entfaltung lebensweltlicher Unterschiede gibt es.

### **Vielfalt heißt nicht Beliebigkeit! Wie gehen wir mit dieser Vielfalt um?**

Aus Sicht der IG Metall ist die deutsche Gesellschaft nicht homogen, sondern heterogen. Bei dieser Betrachtung können sich neue Spielräume für soziale Beziehungen, Vernetzungen und gewerkschaftliche Forderungen und Aktionen eröffnen. Um das Zusammenleben dieser Vielfältigkeit zu gestalten, ist ein ethischer Rahmen notwendig. Demnach gehören zu unserem Politikverständnis die zivilen Werte in den Mittelpunkt. Das sind:

- die Achtung der Menschenrechte
- die Werte des demokratischen Verfassungsstaates
- das Grundgesetz und die definierten individuellen Freiheiten, wie die der Religion oder Weltanschauung.

Auf dieser Basis kann kultureller Eigensinn respektiert und auf zivilen Werten beruhender Gemeininn gefördert werden.

### **Forderungen:**

- Die Verabschiedung und konsequente Umsetzung eines nationalen Aktionsplans, mit dem Ziel, öffentliche Ämter, Medienanstalten und Informationszentren des Bundes,

der Länder und Kommunen mit MigrantInnen gemäß ihrem jeweiligen Bevölkerungsanteil zu besetzen.

- Eine Aufklärungskampagne der Bundesbeauftragten für Migration und Flüchtlinge über die Rechte und Pflichten der Einwanderer als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger (ggf. in gängigen Sprachen).
- Die Umsetzung von Integrationsangeboten, die die Identifikation der Betroffenen mit den demokratischen verfassungsstaatlichen Werten schafft, ohne eigene Werte aufgeben zu müssen.
- Eine Stadtentwicklungsplanung, die Ghettobildung verhindert und sozial-kommunikative Gesichtspunkte im Wohnquartier achtet.
- Eine Zuwanderungsstatistik, die als sichere Grundlage für integrationspolitische Maßnahmen dienen kann.

#### **IV. Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe**

Die Integration im Sinne der IG Metall ist umfassende Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und betrieblichen Leben. Die IG Metall ist der Überzeugung, dass sich Integrationsprobleme erst dann bemerkbar machen, wenn eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in zentralen Lebensbereichen nicht zufriedenstellend organisiert ist.

Ohne Gleichbehandlung, Chancenförderung und Rechtssicherheit kann die Integration nicht gelingen. Dafür ist es notwendig, dass ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Forderung nach einer Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze und der Umsetzung eines öffentlichen Beschäftigungsprogramms bildet die materielle Basis für ein solches Gelingen. Die nachfolgenden Bereiche sind für ein derartiges Gelingen von zentraler Bedeutung:

##### **1. Integration ins Erwerbsleben, in den Arbeitsmarkt, in das soziale Sicherungssystem (materielle Integration)**

###### *Migrationspezifische Bildungskonzepte*

Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund erreichen höhere und bessere Schulabschlüsse. Dennoch:

- Der Anteil unter den Haupt- und Sonderschulabsolventen ist überproportional hoch, bei weiterführenden Schulen hingegen sehr niedrig.
- Fast 20 % der Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss und fast die Hälfte mit einem Hauptschulabschluss.

Aus Sicht der IG Metall müssen alle Institutionen insbesondere die Bildungseinrichtungen in Deutschland besser in die Lage versetzt werden, soziale Ungleichheit durch moderne und migrationspezifische Bildungskonzepte zu beseitigen.

###### **Forderungen:**

- Die kostenlose Finanzierung von Kindergärten, in denen die Sprachentwicklung ein Schwerpunkt bildet und muttersprachliche Kompetenzen der Kinder mitberücksichtigt werden.
- Die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Ausbau der Ganztagschulen, mit interkultureller Sozialarbeit an allen Schulen, unter Beteiligung von BeraterInnen mit Migrationshintergrund.
- Die Qualifizierung des Lehrpersonals für kompetenten Umgang mit kultureller Differenz.

- Die Durchführung präventiver Maßnahmen gegen Schulabbruch (z.B. durch flächendeckende Einführung von Praxis- bzw. Kooperationsklassen und die Förderung eines Frühwarnsystems) und Reintegrationsmaßnahmen für Schulverweigerer.

### *Gute Berufsausbildung ist der Schlüssel zum Arbeitsmarkt*

Richtig ist, dass die Chancen auf einen Ausbildungsplatz mit einem höheren Abschluss steigen. Eine Sichtweise, die eine geringe Ausbildungsbeteiligung allerdings nur auf Schulerfolge zurückführt, ist eingeschränkt. Vielfältige Untersuchungen und die objektiven Daten belegen, dass Vorhandensein struktureller Benachteiligung beim Zugang zu Ausbildungsplätzen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sie werden ebenso im betrieblichen Auswahlverfahren benachteiligt. Eine Berufsausbildung ist jedoch die entscheidende Grundlage für die berufliche Eingliederung und dem späteren Lebensweg von Jugendlichen.

Vor dem Hintergrund, dass seit 1992 rund 8% betriebliche Ausbildungsstellen abgebaut wurden und die Jugendarbeitslosigkeit gestiegen ist, verschlechtern sich somit die Chancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Fakt ist:

- Die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationhintergrund nimmt seit Mitte der 90'er Jahre kontinuierlich ab. Von 44 % (1994) auf unter 28 % (2005).
- Der Anteil der Auszubildenden ohne deutschen Pass an allen Auszubildenden hat sich binnen zehn Jahren von 8% (1994) auf 4,4 % (2005) fast halbiert.
- Es verfügen 36,5 % über keine abgeschlossene Ausbildung (deutsche Vergleichsgruppe 11,3 %).

Damit haben sie wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ihre Arbeitslosigkeit ist vorprogrammiert. Ihnen bleibt oft keine andere Wahl mehr, wie viele ihrer Eltern, an- und ungelerten Tätigkeiten nachzugehen, sofern sie überhaupt solche Arbeitsplätze finden.

### **Forderungen:**

- Eine systematische Umsetzung von Beratungs- und Orientierungsangeboten der Bundesagentur für Arbeit zur Berufsorientierung für SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern.
- Die Berücksichtigung von kulturellen Kompetenzen und zielgruppengerechte Auswahlverfahren und Tests mit dem Ziel, den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der betrieblichen Ausbildung zu erhöhen.
- Eine besondere Förderung des Lebensunterhalts für junge Erwachsene ohne Berufsabschluss beim Nachholen eines schulischen und beruflichen Abschlusses.
- Eine gezielte Initiative zur Erhöhung der Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Ausbildung in den Berufen des Öffentlichen Dienstes.

### *Bessere Qualifikation bieten größere Chancen für einen sicheren Arbeitsplatz!*

Der massive Arbeitsplatzabbau im Zuge des Strukturwandels in der Produktion und vor allem die langanhaltende Massenarbeitslosigkeit trifft MigrantInnen in besonderer Weise. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland ist generell rückläufig. Aber Beschäftigte mit Migrationshintergrund sind davon überproportional betroffen.

- Die Quote der Arbeitslosigkeit unter MigrantInnen ist doppelt so hoch wie bei anderen Beschäftigtengruppen.

Deshalb müssen viele MigrantInnen geringfügige, befristete Nebenjobs annehmen und werden zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt. Es ist oft der einzige Weg in die Erwerbstätigkeit. Neben den allgemeinen Folgen der prekären Beschäftigung wie

die gesundheitliche Belastung, die Planungsunsicherheit, liegt das Armutsrisiko deutlich höher als bei Menschen mit deutscher Herkunft.

#### **Forderungen:**

- Die Abschaffung der „Vorrangsprüfung“ auf dem Arbeitsmarkt, damit Menschen mit Migrationshintergrund auch dort arbeiten können, wo sie einen Job gefunden haben.
- Der Ausschluß negativer aufenthaltsrechtlicher Konsequenzen bei Erhalt von Sozialhilfe oder ALG 2 (Hartz IV).
- Ein gleichrangiger und unbeschränkter Zugang zur betrieblichen Ausbildung, unabhängig von Aufenthaltsstatus.
- Eine auf „diversity“ und „Interkulturelle Gleichstellungspolitik“ ausgerichtete Personalpolitik unter Beteiligung von Betriebsräten und Gewerkschaften.
- Eine wirksamere an Betroffenen mit Migrationshintergrund ausgerichtete Umsetzung der Qualifizierungsmaßnahmen und Berufsberatungsangeboten der Bundesagentur für Arbeit.
- Die Anerkennung der im Ausland erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Bildungsabschlüsse.

### **2. Integration in die demokratischen Formen der politischen Willensbildung (politische Integration)**

Die meisten MigrantInnen leben seit langer Zeit in Deutschland oder sind hier geboren. Im Jahre 2001 hatten insgesamt 34 Prozent aller AusländerInnen eine Mindestaufenthaltsdauer von zwanzig Jahren, darunter 15 Prozent von 30 Jahren. Das heißt ihr Lebensmittelpunkt ist Deutschland. Nicht- EU- AusländerInnen werden bis heute von der politischen Teilhabe und den Gestaltungsprozessen ausgeschlossen. Noch nicht einmal auf der kommunalen Ebene besteht für sie eine Möglichkeit sich bei kommunalpolitischen Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, mitzuwirken und mitzuentcheiden.

#### **Forderungen:**

- Die Erweiterung des kommunalen Wahlrechts auf alle Nicht-EU Bürgerinnen und Bürger.
- Darüber hinaus die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten, die dauerhaft in Deutschland leben, bei Landtags- und Bundestagswahlen.
- Eine generelle Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft und weitere Erleichterungen bei der Einbürgerung.

### **3. Integration in informelle Beziehungsnetze, Migrantenselbstorganisationen, in Nachbarschaften (soziale Integration)**

Viele Einwanderer fühlen sich in Deutschland heimisch, ihre Lebensperspektiven sind auf ein gutes und sicheres Weiterleben hier in Deutschland gerichtet. Viele von ihnen erwerben und bauen Häuser oder Eigentumswohnungen, betreiben Geschäfte und schaffen so Arbeitsplätze. Diese positiven Trends dürfen jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Lage vieler Migranten/innen im Bereich von Arbeit, Bildung, Wohnen und Freizeit nach wie vor stark randständig ist. Sie sind durch restriktive Aufenthalts-, Einbürgerungs- und Arbeitserlaubnisverfahren diskriminiert.

Aber auch die Zunahme von rechtsextremistischen und rassistischen Tendenzen und Gewalttaten sowie rechte Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft oder der Bevölkerung behindern eine notwendige Integration. Eine Folge der sozialen Ausgrenzung, Repression und des Rechtsextremismus ist die Isolation und der unfreiwillige Rückzug von einigen Einwanderergruppen in die eigene Kulturwelt. Dort erhoffen sich die Menschen Schutz, Sicherheit und Anerkennung.

**Deshalb: Soziale Integration verträgt keine Diskriminierung und Ausgrenzung.**



**Forderungen:**

- Eine Beendigung von integrationsbehindernden staatlichen Regelungsmechanismen und Maßnahmen wie z.B. der Gesinnungstest, die Vorrangprüfung auf dem Arbeitsmarkt.
- Die Nichtausgrenzung von verfassungskonformen religiösen oder weltanschaulichen Minderheiten.
- Die konsequente Bekämpfung der Ursachen rechtsextremer Orientierung und die Stärkung der Integrationskraft der Gesellschaft. Hierzu gehören die Aufstockung der Finanzen und Programme gegen rechte Gewalt, wie die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien, ebenso ein Verbot von neonazistischen Organisationen. Der Aufbau eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses und einer couragiert handelnden Zivilgesellschaft ist zu initiieren.

**V. Asyl darf kein Gnadenakt sein.**

Bei der Verabschiedung des neuen Zuwanderungsgesetzes 2004 wurden im Bereich der humanitären Aufenthaltsrechte Verbesserungen erreicht. Demnach werden nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgungen grundsätzlich als Fluchtursachen anerkannt. Mit den neuen Rechtsgrundlagen wurden jedoch die Probleme (z.B. Kettenduldungen) nicht gelöst.

**Forderungen:**

- Eine uneingeschränkte Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention.
- Die Wiederherstellung des ehemaligen Artikel §16a des Grundgesetzes.
- Die Aufhebung der Arbeitsverbote für mehr als 200.000 Geduldete.
- Ein sicheres Bleiberecht für alle Eingewanderten, die bereits länger als 3 Jahre in Deutschland leben.
- Die Legalisierung von Menschen ohne Papiere - kein Mensch ist illegal.
- Die Abschaffung der Abschiebehaf, des Flughafenverfahrens und der Kettenduldungen.

So wie Deutschland ein Einwanderungsland ist, ist die Migration ein offener Prozeß. Für die IG Metall kommt es darauf an, diesen Prozeß weltoffen und demokratisch zu gestalten, Teilhaberechte für die MigrantInnen auf allen Lebensbereichen einzufordern und Strategien zur Umsetzung zu entwickeln. Dies erfordert ebenso eine gerechte Verteilung der Lebenschancen wie die Existenzsicherung und das Wohlergehen für alle.

## **Migrationpolitische Arbeitsschwerpunkte (2007 - 2008)**

Die Arbeitsschwerpunkte im Bereich Migration bilden sich überwiegend aus den Beschlüssen der IG Metall und aus der alltäglichen Praxis in der Politik, Gesellschaft und in den Betrieben. In vielen Gliederungen der IG Metall (Ortsverwaltungen, Verwaltungsstellen, Bildungsstätten, Bezirke, Vorstandsbereiche) wird das Thema Migration als eine Querschnittsaufgabe verstanden. Außerdem wird die Zusammenarbeit mit den Kooperations- und Bündnispartnern der IG Metall (Pro Asyl, MigrantInnenorganisationen, Ministerien u.a.) fortgesetzt und weiter verstärkt.

KollegInnen mit Migrationshintergrund<sup>5</sup> sind als Mitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte, JugendvertreterInnen in den Betrieben unverzichtbare Bestandteile gewerkschaftlicher Arbeit.

- In der IG Metall sind ca 10 % KollegInnen aus 140 Nationen organisiert, der Anteil der Migrantinnen an den organisierten Frauen beträgt 17,4 %.
- Mehr als 10.000 ausländische betriebliche Funktionäre sind als Vertrauensleute und Betriebsräte aktiv, darunter ca 6.700 Vertrauensleute, das sind 13 % aller Vertrauensleute (davon ca 12 % ausländische Frauen), darunter ca. 3.300 Betriebsräte, das sind 4,5 % aller Betriebsräte (davon 16,2 % Frauen).
- Von den Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen sind ca. 400 junge Funktionäre mit Migrationshintergrund aktiv. Das sind 5% aller JAVs (davon ca. 10% Frauen).

Um die nachfolgenden Arbeitsschwerpunkte erfolgreich umsetzen zu können, ist ein querschnittsbezogenes Handeln und die Verzahnung mit den zentralen Handlungsfeldern der IG Metall notwendig. Dies erfordert die Zusammenarbeit mit den jeweilig zuständigen Funktionsbereichen, den Bezirken und der Bildungsarbeit.

### **I. Europäisierung der IG Metall**

Um das europapolitische Profil der IG Metall zu stärken, können KollegInnen mit Migrationshintergrund sich aktiv einbringen. Sie können sowohl in Konferenzen und Tagungen, der EBR- Arbeit, wie auch in ihren alltäglichen Wirkungsbereichen, wichtige Brücken- und Botschafterfunktionen übernehmen.

- Eine systematische Bestandsaufnahme über Einsatzmöglichkeiten und den Austausch unter den KollegInnen sollte erstellt werden.

Darüber hinaus gehört das Thema Migrationspolitik wieder verstärkt auf die Agenda der EU, das heißt:

- Die Thematisierung in der Arbeit der Migrationsausschüssen, damit es an politischer Bedeutung gewinnt.
- Der Austausch mit anderen Gewerkschaften des EMB und EGB, die Teilnahme an europäischen Foren und der Ausbau zu den Sozialen Bewegungen.
- Die Mitarbeit in der AG Europa und die Verankerung des Europapolitischen Memorandums der IG Metall in den bezirklichen und regionalen Migrationsausschüssen .

---

<sup>5</sup> Die Begriffsverwendung fällt im Zuge dieser Aufzählung immer schwerer, so dass wir im folgenden den Begriff **KollegInnen mit Migrationshintergrund** oder **MigrantInnen** verwenden. Der Begriff Ausländer ist ein Begriff, der sich am Rechtsstatus orientiert und definiert die formale und nationalstaatliche Zugehörigkeit. Neben der Nationalstaatlichkeit suggeriert er auch eine gewisse Homogenität der Zugewanderten, die aber nicht vorhanden ist. In unserer Organisation sind ArbeitsmigrantInnen der klassischen Anwerbeländer, mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die 2. und 3. Generation, SpätaussiedlerInnen.

## **II. Umsetzung des Nationalen Integrationsplanes**

Die intensive Mitarbeit in der bundesweit tätigen Arbeitsgruppe „Gute Bildung und Gute Arbeit sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“ im Rahmen des Nationalen Integrationsplanes muss innerhalb der IG Metall genutzt werden, um die bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Themen voranzutreiben. Die Ergebnisse, die im Sommer 2007 veröffentlicht werden, können eine gute Grundlage für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten sein.

### **Ausbildung**

Die Forderung nach ausreichend qualifizierten Ausbildungsplätzen und die Einführung der Umlagefinanzierung muss wieder an Bedeutung gewinnen.

- Die Aktivierung und die gezielte Kontaktaufnahme mit Betriebsräten in Großbetrieben, um der Diskriminierungsrate bei der Einstellung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu begegnen.
- Die Qualifizierungsprogramme zum Thema „Interkulturelles Lernen in der Ausbildung“ für AusbilderInnen erproben.

### **Qualifikation / Weiterbildung / Entgeltsysteme**

Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die Teilhabe am Arbeitsleben. Fachliche und sprachliche Qualifikationen sind und bleiben entscheidend für eine sichere Zukunft. Das gilt gerade auch für MigrantInnen.

- Die Umsetzung der tarifvertraglichen Qualifizierungstarifverträge in Zusammenhang mit der Entwicklung zielgruppenspezifischer Beratung sowie entsprechender Qualifikationsmaßnahmen für MigrantInnen.
- Die Absicherung durch Betriebsvereinbarungen in Musterbetrieben zur Gleichbehandlung und betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen.
- Die Verankerung des Thema „Interkulturelle Gleichstellungspolitik“ in den Migrationsausschüssen, wie auch in der gesamten Organisation.

## **III. Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)**

Deutschland bildet bei der Umsetzung der vier EG Richtlinien zur Antidiskriminierung in Europa das Schlusslicht. Seit dem 18. August 2006 ist es aber in Kraft (weitere Änderungen 12.12.06). Hierzu bedarf es praktischer Umsetzungshilfen, damit es in unserem Sinne Anwendung findet:

- Die Erstellung einer Handlungshilfe für Betriebsräte und Vertrauensleute (ggf. HBS Handlungshilfe nutzen).
- Die Erstellung eines Schulungsbausteins für Betriebsräte und die Durchführung entsprechender Schulungen.
- Das Sammeln von Fallbeispielen und sie bewerten, sowie in der IG Metall intern und extern publizieren.
- Das Betreiben eines organisierten regelmäßigen Erfahrungsaustausch.

## **IV. Organisationsinterne Migrationsarbeit**

Der Anteil der MigrantInnen in betrieblichen Interessenvertretungen aber auch in den Entscheidungsgremien der IG Metall (Ortsverwaltungen, Tarifkommissionen u.a.) entsprechend der Mitgliederstärke ist laut Ausländerförderprogramm vom 9. April 2003 zu erhöhen.

- Die Sicherstellung einer konsequenteren Umsetzung sowie Transparenz und Kontrolle über durchgeführte Veränderungen und Probleme.

### **Bildungsarbeit**

KollegInnen mit Migrationshintergrund können an allen Bildungsveranstaltungen der IG Metall teilnehmen und nehmen teil. Der Weiterentwicklung der Bildungs- und Beratungskonzepte kommt jedoch eine große Bedeutung bei. Dabei ist nicht nur die Zielgruppe der KollegInnen mit Migrationshintergrund von Bedeutung, sondern auch die KollegInnen ohne Migrationshintergrund.

- Der Anteil der ReferentInnen mit Migrationshintergrund sollte erhöht und spezielle Treffen für einen gezielten Austausch untereinander organisiert werden.
- In den zentralen und regionalen Bildungsprogrammen sind die migrationsrelevanten Aspekte (Veränderung der Gesellschaft, der Institutionen) stärker in der konzeptionellen wie auch in der direkten Seminararbeit zu berücksichtigen.
- Das Thema Interkulturelle Didaktik und Methodik in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist systematisch weiter zu entwickeln.
- In Qualifizierungsmaßnahmen für MultiplikatorInnen und ReferentInnen gehört das Thema Interkulturelle Kompetenz auf die Tagesordnung.
- Die Weiterentwicklung von Konzepten zur nichttrassistischen Bildungsarbeit.
- Die Einrichtung eines ReferentInnenpools mit KollegInnen aus den verschiedenen Migrationsausschüssen für die europäische und internationale Seminararbeit.

### **Projekte und Aktionen**

Projekte und Forschungsvorhaben, die migrationpolitische Relevanz besitzen (ähnlich wie das XENOS-Projekt) müssen weiter unterstützt bzw. ausgebaut werden.

- Die Initiierung eines Projektes zum Thema „MigrantInnen in prekären Arbeitsverhältnissen und Auswirkungen auf den materiellen, aufenthaltsrechtlichen, gesundheitlichen Zustand von Menschen.“.
- Die Aktivierung von Mitgliederprojekten für ArbeitnehmerInnen aus russischsprachigen und anderen MOE Ländern.
- Eine gezielte Mitgliederwerbung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Ein Austausch über die neuen Strategien der Rechten (Parteien wie Bewegungen) in der Organisation und Maßnahmen wie Tagungen z.B. einen Ratschlag gegen Rechts, Bildungsveranstaltungen, und Aktionen gegen Rechts sowohl auf zentraler wie auf bezirklicher und regionaler Ebene.
- Die stärkere Nutzung des Instrument der muttersprachlichen Medien z.B.: Türkischer Radiosender Metropol FM (Berlin), damit auch für Menschen mit nicht-betrieblicher Bindung die IG-Metall ein Begriff wird.

Jenseits der politisch-ideologischen Debatte setzt sich die IG Metall - nicht zuletzt als eine Arbeitnehmer- und Menschenrechtsorganisation- weiter für Gleichbehandlung, Chancenförderung und Rechtssicherheit ein. Ein Grundpfeiler der Gewerkschaftspolitik ist die Vision von einer Gesellschaft, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann.